

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 23. Februar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfgepalte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 23

**Neubestellungen** auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Storr.“ fort bei der nächsten Postanstalt.

### Einmal und jetzt!

Nur noch wenige Wochen, und die Tagesordnung unserer Versammlungen wird um einen wichtigen Punkt vermehrt werden: den Anträgen zu der Generalversammlung unseres Verbandes. Blickt man auf frühere Jahre zurück, so ist wohl mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß der größte Teil unserer Mitglieder auch in diesem Jahre wieder mit dabei sein wird an den Vorbereitungen der Anträge über die weitere Gestaltung des Verbandes. Aber leider vermisse ich in den letzten Jahren viele ältere, erprobte Kollegen bei der Diskussion, auch bei andern Gelegenheiten.

Ich bin ja auch noch kein Alter, muß aber sagen, daß es für mich in meinen ersten Gehilfenjahren immer recht lehrreiche Stunden waren, wenn ich erfahrene Kollegen reden hörte, die oft unter Hintansetzung ihres eignen Ich lange Zeit mit mir über den Zustand des Verbandes im Gespräch waren, für ihn kämpften, und so oft die „Dauernde“ im Sinne ließen, mit Weisheit und Kind eine neue Heimat suchen mußten. Ich zog meinen Hut vor solchen Kollegen. Und warum hätte man hätte nicht weniger von diesen Kollegen? Es ist vielleicht angebracht, diesen Grund zu erforschen zu suchen. Und es dürfte wohl nicht schwer fallen, denselben auch bald zu entdecken.

Während man früher von älteren Kollegen sich erzählen ließ, durch welche größere Hindernisse hindurch der Verband zu seiner heutigen Größe gebracht werden konnte, und neben eifrigem Lesen der Gewerkschafts- und Mitteilungsblätter zum Gewerkschaftler und Mitkämpfer erzogen wurde, genügt heute bei vielen unserer jüngeren Kollegen zum Teil schon das flüchtige Lesen irgendeines Russenblattes. Man kümmert sich wenig darum, wer den Verband geschaffen und wie man es besser machen könnte, sondern einzig nur darum, wie man die Einigkeit der Mitglieder zerstören und eifrigen Versammlungsbesuchern die Teilnahme verweigern kann. Und was für Zwischenrufe kann man oft hören, wenn z. B. ein verdienter Kollege diese unerfahrenen, oft erst aus der Lehre getretenen Moskauer nicht zu Gefallen redet. Ja, selbst Kollegen, die wenige Tage vorher einhellig in ein Amt gewählt wurden, läßt man oft gar nicht erst ausreden, sondern sucht sie einfach niederzuschreien. Daß unter solchen Umständen gar zu oft den eifrigsten Verfechtern unserer Sache der Mut geraubt wird, ist gar nicht zu verwundern. Man sucht eben aus jeder sich bietenden Gelegenheit eine Aktion zu machen oder, wie es in der Tagespresse heißt, sein Parteilippchen zu hochen. Und dazu müssen oft sogar Betriebsversammlungen herhalten, wie wir es noch in den letzten Tagen erlebten, wo eine solche, von vielen Kollegen (teils wegen Erklärung usw.) nicht beachtete Versammlung eines größeren Betriebes ins politische Fahrwasser geriet und mit einer Zersplitterung für die politischen Gefangenen endete. Die anwesenden Kollegen, sprachlos über die große „Erfahrenheit“ einiger im ersten Gehilfenjahre Stehenden, hörten sich das Gefasel an, nicht ahnend der Folgen, die kommen würden. Aber schon am andern Tage brachte das Russenblatt in Felddruck den Bericht von dem weiteren Erfolge seiner Sache.

Soll es so weitergehen? Ich sage nein. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um diese Feindzellen zu vernichten, und dürfen nicht zulassen, daß verdiente Kollegen ihres Interesses an unserer Sache beraubt werden, sondern müssen durch festigen Versammlungsbesuch uns schützend immer wieder hinter diese Kollegen stellen, aus denen Erfahrung, gesunder Geist und guter Wille zum Vorwärtskommen spricht, und nicht pure Verblendung von einer Sache, für die es jammerlich ist, auch nur eine Viertelstunde zu opfern.

Was euch nicht angeht,  
Müßt ihr leiden;  
Was euch das Innre rührt  
Dürft ihr nicht leiden. (Goethe.)

Samburg.

Adolf Grob.

### Ein Weg zu gefunden Lohnverhältnissen

Wenn man die Lohnfrage seit Kriegsausbruch verfolgt, so fällt vor allen Dingen der Umstand auf, daß die Löhne sämtlicher Berufe — vornehmlich aber auch der Buchdrucker — dauernd stark hinter der immer riefiger zunehmenden Forderung nachstinken.

Dieser Umstand allein wäre schon Grund genug, um die Arbeiterfrage zu veranlassen, für eine Besserung dieses leidigen Zustandes ihre ganze Kraft einzusetzen, und zwar wäre dies nicht nur Pflicht der Arbeiterfrage, sondern sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger überhaupt.

Es gibt aber noch der Gründe mehr, welche uns veranlassen sollten, auf eine durchgreifende Neugestaltung der Löhne hinzuwirken.

Einer dieser Gründe, und der m. E. wichtigste, ist, daß durch die Neuregelung sich die Weltwirtschaft wieder ausgleichen und in ihre natürlichen Bahnen einlenken würde, aus welchen sich durch den unbesonnenen Weltkrieg herausgehleubert wurde. Zum wenigsten würde eine vernünftige Lohnpolitik ein Hauptfaktor mit zur Gesundung unserer schwer erschütterten Weltwirtschaft sein.

Wie haben wir uns nun eine solche oben angedeutete Lohnregelung zu denken.

Nach meinem Dafürhalten ist dies nur zu erreichen durch eine Angleichung der deutschen Löhne an die Löhne der für die Weltwirtschaft hauptsächlich in Betracht kommenden Länder.

Man hätte hätte eine Normel zu suchen, etwa so, daß der Durchschnittslohn der außer Deutschland bedeutendsten Industrieländer und Handelsstaaten, Amerika, England und Frankreich, ermittelt und dieser für Deutschland als Mindestlohn festgelegt würde. Selbstverständlich müßte dieser Lohn für jeden Beruf und jede Berufsgruppe ermittelt werden, da eine schematische Gleichmacherei im heutigen Wirtschaftssystem nicht angängig wäre. Die Festsetzung dieses Lohnes wäre Aufgabe der Gewerkschaften in Verbindung mit den bestehenden Tarifämtern und, glaube ich, daß eine solche Regelung der Arbeiterfrage sowohl wie der Gesamtwirtschaft weit mehr zum Nutzen und Wohle wäre, wie die allen Seiten großen Schäden bringenden Einzelaktionen und Streiks. Bei einigem guten Willen auf beiden Seiten wäre eine solche gründliche Reville unserer Lohnverhältnisse auch sehr gut möglich. Aber, wie gesagt, es gehört guter Wille und die Einsicht, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, dazu.

Nun zu den Wirkungen einer solchen Regelung auf unsere Weltwirtschaft.

Durch unsere niedrigen Löhne im Zusammenhange mit unserer schlechten Valuta sind wir, wie allgemein bekannt, in der Lage, im Verhältnisse zum Ausland billig zu produzieren und zu exportieren. Dadurch wird eine künstlich gesteigerte Ausfuhr Deutschlands nach den Ländern mit höherer Valuta hervorgerufen, welches schon an sich ein unnatürlicher und unerwünschter Zustand sowohl für das davon betroffene Ausland wie auch für uns ist. Für die davon betroffenen Länder dadurch, daß wir ihrer Industrie und ihrem Handel einen großen Teil seiner Verdienstmöglichkeit nehmen und damit zugleich unsern auswärtigen Arbeitsbrüdern das bittere Geschenk vermehrter Arbeitslosigkeit in den Schoß werfen. Für uns selbst tragen wir zur Verschlechterung der Valuta und zur Warenknappheit bei, indem große Mengen an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln ins Ausland abwandern, durch welche dauerliche Kassache selbstverständlich die Kosten für die Lebenshaltung stark in die Höhe geschraubt werden zum größten Schaden vornehmlich aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Durch die Angleichung unserer Löhne an die sogenannten Weltmarktlöhne wird die übermäßige Ausfuhr Deutschlands nun allerdings beschränkt, wovon allerdings unsere Kapitalisten nicht erstest sein werden, da dieselben ja das größte Interesse an einer möglichst großen Ausfuhr und niedrigen Valuta haben. Woher sonst der Milliardenlegen der Aktiengesellschaften und Banken.

Die Folge der oben beschriebenen Lohnanpassung wird eine langsame Besserung unserer Valuta sein, da dann wieder stabilere Verhältnisse Platz greifen. Diese Besserung unserer Valuta in Verbindung mit Vererbung der Wirtschaft und der Konkurrenz des Auslandes wird automatisch eine allmähliche Senkung der Preise zur Folge haben und Europa langsam aus dem Sumpf, in dem es zu erstickten droht, herausreißen.

Ein allmähliches Zurückfinden zur Vernunft bei der Entente in der Frage der Reparationen wird ein übriges tun zur Gesundung der Lage. Deshalb glaube ich, daß es verdammt Pflicht und Schuldigkeit der Arbeiterfrage wäre, den Sebel anzulegen zur Eringung eines menschenwürdigen Saleins, in ihrem eignen Interesse sowohl wie in dem des gesamten deutschen Volkes und letzten Endes des Weltproletariats.

Daß die Durchführung meines Vorschlags eine Zeitlang vermehrte Arbeitslosigkeit im Gefolge haben dürfte, ist wohl vorauszuhaben, aber nicht zu vermeiden. Deshalb aber auf die Ausführung einer heftigen Maßregel zu verzichten, weil dieselbe auch in Annehmlichkeiten mit sich bringt, halte ich nicht nur für feig, sondern auch für unvernünftig.

Auf andern Wege werden wir schwerlich über den Berg kommen, und hinüber müssen wir, wenn wir nicht vollkommen verenden wollen. Wir werden früher oder später doch den von mir bezeichneten Weg gehen müssen, und wohl uns, wenn wir belzeten zur Einsicht kommen und nicht die beste Zeit mit unüblichem Wortgeplänkel und gegenseitiger Beledung verbringen.

Zur Eringung des Zieles wäre vor allem Zusammenstich aller Gewerkschaften zum Zweck eines einheitlichen Vorgehens vorzuziehen, und dazu möchte ich hiermit anregen und voreerst einmal unsern Verbandsvorstand öffentlich auffordern, die von mir angezeigten Wege in Erwägung zu ziehen und sich gegebenenfalls mit den andern Gewerkschaften in Verbindung zu setzen.

Durch Einigkeit zum Sieg!

Berlin-Reinickendorf.

R. Spethhoff.

### Der beste Maßstab

Nach unzähligen Tarifverhandlungen, nach Tag- und Nachtlösungen, nach den schwersten Wortseuergefechten und andern mehr; grüßelt doch die Kollegenchaft mit schwerem Herzen darüber nach: Wie bringen wir am ehesten unsere Prinzipale einigermassen zur baldigen Einsicht und Erkennen der Notlage der Gehilfenchaft? Um nun einen Fingerzeig zu geben, auch den Prinzipalen die schlaflosen Nächte zu verdeutlichen, sei folgendes erwandt und empfohlen: Die Obleute oder die Betriebsräte übergeben nach Rücksprache mit ihrem Prinzipal einige herausgegriffene Adressen verheirateter Kollegen mit dem Anliegen, er möge sich doch einmal in die Wohnung der aufgelisteten Mitarbeiter bemühen und sich an Ort und Stelle mit der Hausfrau über das Allernötigste im Paateinstkampf unterhalten. Unsere Frauen werden dann schon ihr Herz ausschütten müssen und mit den betreffenden Herren zusammen ausrechnen, daß der heutige Lohn weit bis drei Tage vor der neuen Löhnung nach dieser kleinen Aufstellung schon als erledigt betrachtet werden muß. Bei der nächsten Tarifverhandlung wäre ein ganz einwandfreies Material zur Stelle und beiden Parteien gefolien.

Fr. B.

### Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die neuen Buchdruckerlöhne (gültig ab 23. Januar bis 18. Februar 1922) stellen sich wie folgt:

	Allersstufe A:				Wien
	Ortsklasse I	II	III	Mieder-Österr.	
Minimum	350	400	500	500	500
Wohlbearbeitete Teuerungszulage	8224	9462	10652	10652	11348
Neue Teuerungszulage	1972	2268	2565	2565	2725
Gesamtmindestbezüge	10546	12130	13117	13117	14573
Allersstufe B:					
Minimum	450	500	600	600	600
Wohlbearbeitete Teuerungszulage	10075	11492	12989	12989	13898
Neue Teuerungszulage	2421	2758	3125	3125	3335
Gesamtmindestbezüge	12946	14750	16714	16714	17833
Allersstufe C:					
Minimum	500	600	700	700	700
Wohlbearbeitete Teuerungszulage	11996	13580	15538	15589	16724
Neue Teuerungszulage	2874	3284	3735	3815	4008
Gesamtmindestbezüge	15370	17564	19973	20404	21432

Zwischen Vertretern der Wiener Tageszeitungen und der in Wiener Zeitungsdruckereien beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurden nachstehende Vereinbarungen getroffen: Die Unternehmungen erklären sich be-

rell, sämtlichen Personal der Gruppen A, B und C, die dem vereinbarten, ab 4. Juli 1921 gültigen Lohnsatz unterliegen, eine weitere wöchentliche Teuerungszulage, und zwar rückwirkend vom 23. Januar, von 23 Proz. von den derzeitigen Gesamtmindestbezügen, das ist vom Minimallohn, Teuerungszulagen und Nachtzuschlag, zu gewähren. Berechnende Seher sind bezüglich der weiteren Teuerungszulage den Maschinenführern gleichzustellen. Hinsichtlich der verschiedenen, nicht in die Lohnsummen fallenden Bezüge der einzelnen Kategorien wurde festgestellt, daß keine Erhöhung zu erfolgen hat. Ausgenommen sind etwaige Überstunden des Expeditionspersonals Sonntags nach 6<sup>1/2</sup> Uhr morgens. Durch die neuen Teuerungszulagen von 23 Proz. ab 23. Januar 1922 erhöhen sich die bisherigen Nachtzuschläge der bei Nacht beschäftigten Arbeiter wie folgt: Gruppe A (mit Ausnahme der Interkalenleiter) auf 11 000 Kr., Interkalenleiter und Hilfsarbeiter sowie der andern Arbeiter der Gruppe B auf 9000 Kr. und bei der Gruppe C auf 7000 Kronen. Für die Gruppe D (Beamte) beträgt für alle Dienstnehmer nach einer Dienstzeit von mindestens drei Monaten in ein und demselben Betriebe die weitere Teuerungszulage ab 1. Februar 1922 23 Proz. der Gesamtmonatsbezüge. Für die Gruppe E (Auszüger und Auszüglerinnen) erhöht sich ebenfalls der Minimallohn um 23 Proz.

Infolge der Erhöhung der Löhne hat der Verbandsvorstand den Verbandsbeitrag von 200 Kr. auf 350 Kr. erhöht. Dadurch wird auch die Arbeitslosenunterstützung am Ort auf 400 Kr. erhöht und gelangt bei 52 wöchentlichem Beitragsleistung bis zur Höchstdauer von 240 Tagen zur Auszahlung. In Verfolg des wesentlich erhöhten Verbandsbeitrags sehen sich nunmehr auch die Gewerkschaften veranlaßt, den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Beim Niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftsetzervereine beträgt der Wochenbeitrag 500 Kr. (einschließlich des Beitrags für die Fürsorgeaktion).

Ungarn. Die Indexziffer der Teuerungstabelle des „Pester Lloyd“ — das Ergebnis der Preisgestaltung am Schlusse des Monats Januar — machte die zweifelhafte prognostische Lohnzulage aktuell. Die ausgewiesene Teuerung betrug nämlich gegenüber der Indexziffer vom November — die Feststellungen gelten stets für zwei Monate — 5,83 Proz., was, hinzugerechnet die 10 Proz. Standardaufbesserung, 6,5 Proz. ausmacht. Auf Grund dieser Feststellung erhöhen sich ab 18. Februar alle Löhne der Buchdrucker, Steinbrucher und Buchbinderarbeiter Ungarns in gleichem Maße. Die Minimallöhne der Buchdruckerarbeiter gestalten sich nun wie folgt: In Budapest: Facharbeiter bei Tag 1385 Kr., bei Nacht (Zeltung) 1592 Kr.; Hilfsarbeiter bei Tag 901 Kr., bei Nacht 972 Kr.; Hilfsarbeiterinnen bei Tag 825 Kr. In der Provinz: Facharbeiter bei Tag I. Klasse 1225 Kr., II. Klasse 1212 Kr., bei Nacht I. Klasse 1331 Kr., II. Klasse 1318 Kr.; Hilfsarbeiter nach freiem Abereinommen, Arbeiterinnen bei Tag I. Klasse 539 Kr., II. Klasse 526 Kr. Es gelang auch, die Überstundenentschädigung in entsprechender Weise zu erhöhen.

Nach Wiedergewinnung der Autonomie war es die erste Sorge der Vereinsleitung, das auf dem Unterstützungsgelände Verläumt nachzubolen. Sie steht im Bewußte, sämtliche Unterstützungen zu erhöhen, freilich nicht, ohne ein gleiches mit dem Beitrage zu tun. Die Erhöhung des Beitrags kann jedoch de facto als keine solche angesehen werden, denn die Ertragssteuer von 2 Proz. des Verdienstes wird mit Inkrafttreten des erhöhten Vereinsbeitrags auf 1 Proz. herabgesetzt. Der Beitrag wird von 9 auf 20 Kr. erhöht. Die Krankenunterstützung von 8 auf 16 Kr. pro Tag, die Arbeitslosenunterstützung von 10 auf 40 Kr. pro Tag, das Waisenlohn von 2 auf 10 Kr. täglich. Die Invalidenunterstützung bleibt unverändert, der Zuschuß jedoch, der allen jenen Invaliden gewährt wird, deren Einkommen das tarifliche Minimum nicht überschreitet, wird von 3, 4, 6 und 8 Kr. auf 20, 40, 60 und 80 Kr. erhöht, so daß die Gesamtunterstützung der Invaliden, die bisher 8, 14, 18 und 22 Kr. pro Woche betrug, nunmehr je nach der Leistungsfähigkeit 25, 50, 72 und 94 Kr. betragen wird. Der Zeichenkostenbeitrag wird von 200 auf 1000 Kr. erhöht und die Mitbewerbszahlung von 100, 350, 450 und 600 Kr. auf 300, 1000, 1500 und 2000 Kr. Die Waisenunterstützung wird fürderhin statt 10 und 12 Kr. monatlich 25 und 35 Kr. betragen. Dieser Beschluß des Zentralausschusses wird im Sinne der Statuten einer Urabstimmung unterworfen und wenn diese zustimmend ausfällt, wozu alle Voraussetzungen gegeben sind, wird der erste erhöhte Beitrag am 4. März d. S. fällig, während die ersten erhöhten Unterstützungen am 11. März zur Auszahlung gelangen.

Die Vereine der Lithographen und Steinbrucher („Senefelder“ und Fachvereine) halten ihre ordentlichen Generalversammlungen in diesem Monat ab. Aus den von ihrem Sachblatte „Litografika“, das zweimal monatlich und auch in deutscher Sprache erscheint, veröffentlichten Tätigkeitsberichten ist zu entnehmen, daß der „Senefelder“, dem die Pflege des Unterstützungswesens obliegt, im Berichtsjahre Einnahmen von 70 507 Kr. hatte, denen Ausgaben im Betrage von 53 230 Kr. gegenüberstanden, wodurch ein Ueberschuß von 17 276 Kr. erzielt werden konnte. Ein Arbeitslosenunterstützung wurden 7632 Kr. (im vorhergehenden Jahre 13 851 Kr.), an Krankenunterstützung 3653 Kr., an Invalidenunterstützung 1482 Kr. vorausgab. Der Fachverein, der die agitativen Aufgaben zu erfüllen hat, hatte 37 818 Kr. Einnahmen und 24 011 Kr. Ausgaben. Das Mehr beträgt hier 13 807 Kr. Der „Senefelder“ hat ein Barvermögen von 128 234 Kr., der Fachverein ein solches von 53 599 Kr.

Holland. Endlich hat der Minister das entscheidende Wort in bezug auf eine Unterstützungsregelung für

ausgesteuerte Buchdrucker gesprochen: es wird keine Hilfe von Seiten der Regierung zu erwarten sein, wenn der Preislarf, der, wie der Minister meint, einer Verminderung der Arbeitslosigkeit im Wege steht, aufrechterhalten bleibt. Das ist der rote Faden, der das Schreiben des Ministers an den Verband durchzieht. Der Minister verkennt den Wert der Tarifvereinbarung nicht, aber jezt felen die Tarifverhältnisse derart, daß man in eine andre Richtung feuern müßte. Wie dies in allen Industrien jezt der Fall ist, sagt der Minister wörtlich, so soll auch die Buchdruckindustrie auf allen Proft verzichten und logar zeitweilig mit Verlust produzieren. Von diesen und ähnlichen Mitteln erwartet die Regierung eine Besserung der Lage in der Buchdruckindustrie. Solange die heuligen Zustände aufrechterhalten bleiben, kann den Ausgesteuerten keine Unterstützung gewährt werden. Es versteht sich, daß nicht nur in Gebildenkreisen, sondern auch in denen der Prinzipale diese Antwort mit Entrüstung vernommen wurde. Es sind bereits Schritte unternommen, die dahinzielen, eine Änderung dieser sonderbaren Ministergedanken zu bewerkstelligen. Bis dahin bleibt es also noch die schöne Aufgabe der jezt noch arbeitenden Buchdrucker, ihre von der Regierung so schroff zurückgewiesenen ausgesteuerten Kollegen jezt mit freiwilligen Spenden zu unterstützen. Schon einige Male haben die Hauptvorstände der der Kartellgemeinschaft angeschlossenen Buchdruckerverbände mit der Prinzipalstellung konferiert über die schlechte Lage im Buchdruckbetriebe. Die Prinzipale meinen, daß nur durch Druckprellermäßigung die schlimmste Lage zu beseitigen sei, aber betonten, daß auch die Gehilfen zu diesem Zweck ein Opfer in der Gestalt einer Lohnverminderung und Arbeitszeitverlängerung zu bringen hätten. Die Gehilfenvertreter wiesen diese Zumutungen selbstverständlich zurück, weil diese Mittel keine Änderung im Betriebsleben bringen würden. Sie wären eine schöne Geste nach außen, wofür sie weder das Publikum, noch die tarifliche Regierung desavouieren würden. Die jezte Haltung der Gehilfenvertreter mit Bezug auf eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen konnte aber das Ansehen der Prinzipalstellung nicht ändern. Sie ließ den Gehilfenorganisationen am 2. Februar ein Schreiben zugehen, in dem beantragt wird, die Löhne um 10 Proz. zu vermindern und Schritte zu tun, eine Arbeitszeitverlängerung um wöchentlich drei Stunden herbeizuführen. (Bekanntlich besteht in Holland die gebräuchliche 45stündige Arbeitswoche.) Die Herren verlangen also, daß man 48 Stunden arbeite für den jeztigen Lohn, vermindert um 10 Proz. Die Preistarife würden dadurch um 20 Proz. niedriger gestellt werden können. Um diesen Anträgen gegenüber die Gehilfen möglichst milde zu stimmen, sollen die Maßnahmen nur für drei Monate Geltung haben, und die Prinzipalstellung wird bei ihren Mitgliedern vorstellig werden, während dieser Zeit keinen Gehilfen wegen Arbeitsmangel zu entlassen. Ende Februar erwarten die Prinzipale Antwort. Der Hauptvorstand des Typographenbundes steht natürlich immer noch auf dem Standpunkte, daß diese Anträge abfolut abgewiesen werden müssen. Den Mitgliedern wurde ein Rundschreiben unterbreitet, in dem er eine Haltung näher begründet. Es werden überall im Lande Mitgliederversammlungen stattfinden, wo Gelegenheit geboten wird, die Anträge, die auch eine Änderung der Tarifbestimmungen bedeuten, zu beurteilen. Der Hauptvorstand legt den Mitgliedern ans Herz, sich nicht zu unbesonnenen Schritten verleiten zu lassen und der Organisation das unentbehrliche Vertrauen zu schenken. Auch die Vorstände der religiösen Verbände haben sich gegen die Verschlechterungsanträge ausgesprochen.

Luxemburg. In der gutbesuchten Hauptjahresversammlung wurde in geheimer Wahl Kollege B. Warbel einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Aus dem vom Kassierer Kaude herausgegebenen Jahresberichte geht hervor, daß das Vereinsjahr 1921 mit einem Ueberschuß von etwa 8000 Fr. abschließt. Das Verbandsvermögen, das im Jahre 1915 auf 18 000 Fr. gestunken war, betraut sich am 1. Januar 1922 auf rund 60 000 Fr., also ungefähr 300 Fr. pro Mitglied. Daß der Geschäftsgang in der luxemburgischen Buchindustrie im Jahre 1921 ziemlich bedrückend war, geht daraus hervor, daß nur geringe Aufwendungen für Konditionslotenunterstützung nötig waren. Das Hauptkontingent der Arbeitslosen stellte die Druckerpartei. Hier war mit einem durchschnittlichen Arbeitslosenanteil von 3 bis 4 Mann zu rechnen, während Seherkollegen nur ausnahmsweise ohne Arbeit waren, trotzdem im Laufe des Jahres mehrere Neuanstellungen in Sehmächinen zu verzeichnen waren. In tariflicher Hinsicht ist das Jahr 1921 ziemlich ruhig verlaufen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich einigermaßen beseitigt, so daß von neuen Lohnforderungen, die in den vorhergehenden Jahren häufig ab der Tagesordnung standen, Abstand genommen werden konnte. Lohnkürzungen, die in andern luxemburgischen Industrien trotz verzweifelter Gegenwehr der beteiligten Arbeiter nicht abgewandt werden konnten, wurden den Buchdruckergewerkschaften jezt nicht zugemutet. Ein größeres soziales Verständnis läßt die luxemburgischen Buchdruckerprinzipale erkennen, daß, wenn auf der einen Seite manche Kritik des täglichen Bedarfs, u. a. das Brot, im Preise zurückgegangen sind, dafür andererseits manche Ausgaben für den Lebensunterhalt bedeutend gestiegen sind. Unter letzteren sind zu erwähnen die Auslagen für Meise und Steuern. Durch diese beiden Posten sind die Preisermäßigungen, die einige Lebensmittel zu verzeichnen haben, reichlich wettgemacht. Die Einkommensteuer, die den Verdienst des Lohnempfängers bis auf den letzten Centime erfährt, belafet untre Kollegen mit Summen von 20 bis 300 Fr. jährlich, während die Steuer früher höchstens den Betrag von 20 bis 30 Fr. pro Jahr erreichte. Ähnlich verhält

es sich mit den Preisen für Meise. Ein Lohnabbau flehte sich unter solchen Verhältnissen in keiner Hinsicht rechtfertigen. In organisatorischer Hinsicht erwähnenswert ist, daß im Laufe des Jahres die hier beschäftigten Lithographen und Steinbrucher, die bisher der deutschen Fachorganisation angeschlossen waren, in den luxemburgischen Buchdruckerverein aufgenommen wurden. Der Ueberschuß für die in Frage kommenden Kollegen vom Stein war deshalb gewissermaßen zur Notwendigkeit geworden, weil wegen der Markenunterwerfung die Unterfützungsfläche der deutschen Lithographenorganisation für hierzulande Beschäftigte illusorisch geworden sind. Um den neu aufgenommenen Kollegen in internationaler Beziehung sämtliche erworbenen Rechte zu wahren, wurden sie dem Internationalen Sekretariat für Lithographen und verwandte Gewerbe (Sitz Brüssel) angeschlossen.

Großbritannien. Die Besserung in der Lage des englischen Buchdruckgewerbes bleibt ganz unwesentlich. Auf Prinzipalseite rebei man bereits wieder viel von einem neuen größeren Lohnabbau im Frühjahr, und die Unternehmer scheinen ihre Drohung wie ein Damokleschwert über den Köpfen der Gehilfen baumeln lassen zu wollen. Nach ihrer Meinung sind die Produktionskosten im Buchdruckgewerbe viel zu hoch, und sie führen auf diese Kosten die geringe Nachfrage nach Drucksachen, die heute zu verzeichnen ist, zurück. Unter diesen Umständen wiffen die Unternehmer keinen andern Ausweg als den, die Löhne herabzusetzen. Doch die Lohnfrage ist nicht das einzige, was sie bedrückt. In der Presse und in Versammlungen wird von Geschäftsinhabern aller Branchen eine intensive Propaganda betrieben für die Erregung von Ueberschuldungen gegen das feure Inlandsporto für Drucksachen sowie gegen die ausländische Valutakonkurrenz. Die Buchdruckerbetriebe stehen natürlich im Vordergrund dieser Bewegung. Sie behaupten, daß die Regierungspolitik in dieser Sache das Buchdruckgewerbe laßt ruiniert hat. Mehr als einmal haben sich die Prinzipale bereits an die Regierung gewandt, um eine Herabsetzung des Drucksachenportos um 33<sup>1/2</sup> Proz. zu erreichen, aber immer vergeblich. Die Gehilfenchaft stand bisher dieser Frage ziemlich gleichgültig gegenüber, obwohl auch sie indirekt davon berührt wird. Allerdings ist die allgemeine Arbeitslosigkeit eine so hohe, daß nur durchgreifende Maßnahmen eine Besserung herbeiführen können.

Trotz seiner kürzlich erfolgten Wahl zum Parlamentsmitglied wird Kollege Napor sein Amt als erster Sekretär der Londoner Sehergesellschaft weiter beibehalten. Eine kleine, aber eifrige Mittalbezugszahl der Sehergesellschaft trat für Amtsentsetzung ein, wobei geltend gemacht wurde, daß beide Ämter unvereinbar seien. Die große Mehrzahl der Londoner Kollegenchaft war jedoch nicht dieser Meinung. Infolgedessen bleibt Napor auf seinem Posten. — In den reinen Setzungsbetrieben bildet der Angriff der Londoner Setzungsverlage gegen die neue Berechnerkala der Setzungsseher ein bemerkenswertes Ereignis. Die Verleger behaupten, die neue Skala stelle die zu hohe materielle Anforderungen, und so fordern sie eine Herabsetzung von 15 Proz. der Berechnerkala und von 12<sup>1/2</sup> Proz. der Sätze für Gewerksgehe. Ferner fordern die Verleger die Aushebung des freien Tages bzw. der freien Nacht alle 14 Tage und eine herabgesetzte Bezahlung für Feiertage. Es bedarf keiner Frage, daß die Verminderung dieser Forderungen der Londoner Setzungsverleger auf den bestmöglichen Widerstand bei der Londoner Sehergesellschaft stoßen werden. — In den Spalten des „Daily Telegraph“ erscheint von Zeit zu Zeit unter dem Titel „Aspect de Paris“ ein Artikel in französischer Sprache. Sollte diese neue Mode in Zukunft Schule machen, so würde eine neue Unbequemlichkeit für die englischen Setzungsseher damit verknüpft sein, die nie verlangt haben, neben ihrer Muttersprache sich noch um irgendeine andre Sprache zu kümmern, geschweige denn sie zu studieren. Was wird in dieser Beziehung von deutschen Sehern verlangt und geleistet?

Palästina. In Beantwortung mehrerer Anfragen deutscher Kollegen wegen Konditionsannahme in Palästina sandte uns der Vorstand der Printers Union in Jerusalem folgende Mitteilungen: Die Umgangssprachen des Landes sind Hebräisch, Arabisch, Englisch, jedoch wird auch viel Deutsch und Französisch gesprochen. Arbeitslose sind infolge zunehmender Arbeit in letzter Zeit fast nicht vorhanden und auch die neuangekommenen Kollegen aus den Ostländern von Europa haben Beschäftigung bekommen. Jedoch ist es rarum, noch einige Zeit abzuwarten, da die allgemeine Krise noch nicht vorüber ist. An lithographischen Anstalten sind einschließend der neuen Mittalschule „Bezalel“, die erst vor einem Monat eröffnet wurde, nur zwei vorhanden. Illustrationsdruck ist im Lande noch fremd. An Sogarten kommen Setzungen und Werklaf wie auch Abzüge und Tabellenlaf in Betracht. Sehmächinen für bedruckten und englischen Satz werden nur in der Setzungsdruckerel „Kafol“ benutzt, in welcher die tägliche befräiche „Doar Hayom“ und die englische „Palestine Weekly“ hergestellt werden. Die Lohnverhältnisse gestalten sich ungefähr folgendermaßen: Das Minimum beträgt 8 Pfund ägyptisch (ein ägyptisches Pfund = ein englisches Pfund und 1/2 Schilling). Der Lebensunterhalt für Junggefallenen erfordert etwa 6 Pfund monatlich, für Familien 10—15 Pfund. Lebensmittel sind hier in Fülle und Güte vorhanden und verhältnismäßig billig. Eine amerikanische Verlagsgesellschaft hat hier einen Bauplatz für 2000 Pfund erworben, und nach der Regenzeit beginnt sie mit dem Bau des Gebäudes, das für die Jerusalemer Verlagsdruckerel bestimmt ist. Sie gedankt einige hundert Arbeiter des Buchdruckgewerbes zu beschäftigen. Einige Buchbinder haben sich vereinigt zur Bildung einer Buchbinderkooperative unter

dem Namen „Kaschach“ und stehen in enger Fühlung mit uns. Wir bitten alle Fachorganisations in Deutschland, Böhmen, Österreich und in der Schweiz, uns für unsere Fachbibliothek und den Lesesaal in ein Exemplar ihrer Zeitungen zuzuschicken zu wollen. Zugewanderte Kollegen aus den genannten Ländern möchten naturgemäß gern ihre heimatischen Fachorgane lesen. Sämtliche Zuschriften werden an folgende Adresse erbeten: S. Geisboorn, Jerusalem (Palästina), P. O. B. 571.

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Rachamenswerte Beispiele.** Anlässlich ihres fünf- und zwanzigjährigen Geschäftsjubiläums veranstaltete die Firma Diz & Co. in Danzig, Papierbandlung, Buch- und Kunstbrücker, für das gesamte Personal eine kleine Fester und überreichte u. a. auch zwei Kollegen mit langjähriger Geschäftszugehörigkeit Geldpenden von 1000 und 500 Mk. Die letzten Inhaber haben das Geschäft erst vor drei Jahren übernommen. — Ferner sei noch vermerkt, daß einzelne Firmen in Danzig auch diesmal zum Weihnachtsfeste ihr Personal mit Geldpenden bedacht haben, und zwar: „Gazeta Gdanska“ zahlte Beiträge von 300 und 50 Mk., „Dziennik Gdanska“ durchweg 250 Mk. und die erst ganz kurze Zeit bestehende Firma Schnelle 500, 200, 75 und 50 Mk.

**Neue Gehalts- und Anstellungsbedingungen für Faktoren.** Im Buchgewerbeaus zu Leipzig fand am 14. Februar die ursprünglich auf den 23. Januar anberaumte, aber verlagte Sitzung des erweiterten Hauptauschusses der Verlagsvereinschaft der Prinzipale und Faktoren des deutschen Buchdruckgewerbes statt. Man einigte sich auf die Neueinstellung der monatlichen Mindestgehälter ab 1. Februar wie folgt: In Orten ohne Lokalzuschlag in Gruppe A 2925 Mk., B 2720 Mk., C 2420 Mk.; in Orten mit Lokalzuschlag wird der Lokalzuschlag hinzu gerechnet; Hamburg und Berlin in Gruppe A 3920 Mk., B 3655 Mk., C 3320 Mk. Etwaige zukünftige Preissteigerungen werden den Faktoren jeweils in derselben Höhe wie den Gehältern gewährt, zusätzlich eines Konjunktionszuschlags, der in Gruppe A 30 Proz., B 25 Proz., C 15 Proz. beträgt. Zur Gruppe A gehören die Faktoren, welche die technische oder die kaufmännische und technische Leitung zugleich ausüben und denen im Durchschnitt mindestens zehn Gehältern der B-Klasse unterstellt sind. Zur Gruppe B gehören Abteilungsleiter oder Abteilungsleiter mit weniger als zehn Gehältern. Zur Gruppe C gehören werksmäßige Faktoren, Vorarbeiter von Unterabteilungen u. dgl. Ferien gibt es im ersten Jahre der Geschäftszugehörigkeit eine Woche, im zweiten und dritten Jahre zwei Wochen, im vierten und folgenden Jahre drei Wochen. Jeder Faktor muß die Berufstätigkeit zur Wahrung von Berufsregeln betreiben, die die Weiterprüfung betreffen. Die Verbindlichkeitsklärung dieser Abmachungen ist beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

**Zur Angestelltenbewegung im Buchdruck- und Setzungs-gewerbe.** Auch bei den Angestellten im Buch- und Setzungs-gewerbe regt es sich allenthalben, um die enorme Steigerung durch Gehalts-erhöhung wenigstens etwas auszugleichen. Nach neuen Tarifabschlüssen in mehreren Großstädten ist nun auch Leipzig gefolgt. Hier wurden zwischen dem Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer und den Angestellten-gewerkschaften neue Tarifvereinbarungen getroffen, die die Erhöhung der Gehaltsätze ab 1. Februar um 20 Proz. vorsehen.

**Meisterprüfung.** Vor der Sandwerkshammer in Reutlingen haben die Kollegen Johannes Reiber in Reutlingen a. Erms, Alois Deisel jun. in Oberndorf a. N. und Gustav Fischer in Reutlingen a. N. und vor der Sandwerkshammer in Danzig die Kollegen Karl Bausain, Joseph Fenski, Emil Fietkau, Bernhard Franzmann, Erik Herrmann, Ernst Hanemann, Alfred Neumann und Benno Ploetz die Meisterprüfung bestanden.

**Zur Eröffnung des gewerblichen Nachwuchses.** Die graphische Fachschule an der gewerblichen Fortbildungsschule der Stadt Glogau erteilt sich trotz ihres kaum einjährigen Bestehens in graphischen Kreisen großer Beliebtheit. Kurz nach Bildung der Lehrabteilung im Ortsverein Glogau hielten es der Vorstand des letzteren und der Typographischen Vereinigung für ihre vornehmste Aufgabe, für die Bildung der Jugend, des gewerblichen Nachwuchses, Sorge zu tragen; leider mußten sie aber bald die Wahrnehmung machen, daß durch Vorzüge aller Art der gewünschte Erfolg nicht erreicht werden konnte. Herr Faktor Lehmann der Firma Karl Flemming & C. S. Wischhoff interessierte sich als Mitglied der gewerblichen Fortbildungsschulkommission sehr für die Errichtung einer graphischen Fachklasse; ihm gelang es auch, eine solche im Rahmen der Fortbildungsschule zu errichten und diese unter seiner Leitung mit Beginn des Schuljahres 1921/22 zu eröffnen. 46 Teilnehmer traten sofort in die Klasse ein, wovon 24 Lehrlinge im fortbildungsschulpflichtigen Alter standen, 9 Lehrlinge waren dem fortbildungsschulpflichtigen Alter entwachsen und als freiwillige Teilnehmer der Klasse beigetreten, außerdem waren 13 Gehilfen im Alter von 19 bis 30 Jahren als freiwillige Schüler eingetragen. Der Fachunterricht baut sich auf breiter Grundlage auf und umfaßt alle Zweige des gesamten graphischen Gewerbes. Nicht trodene Fachimpulse, sondern lehrreiche, interessante Vorträge bilden in leichtfaßlicher und allgemein verständlicher Form den Inhalt des reichen Unterrichtsstoffes. Eine besondere Pflege wird dem graphischen Fachzeichnen gewidmet. Bei der hohen Schülerzahl, die auch

während des Sommers 1921 handbillet, mußte mit Beginn des zweiten Schuljahres eine Teilung der Klasse eintreten. Die Kosten zur Unterhaltung dieser Fachklassen werden zum Teil durch die Glogauer Buchdruckfirmen aufgebracht. Die Firma Karl Flemming & C. S. Wischhoff hat u. a. in anerkennenswerter Weise für sämtliche Schüler Zeichenmappen und als Prämien für fleißige und talentvolle Schüler Fachblätter von beträchtlichem Werte gestiftet. Auch die Leiter der Fortbildungsschule bringen diesen Fachklassen das größte Interesse entgegen. Für das neue Schuljahr 1922/23 sind außer sämtlichen Lehrlingen bereits 35 Gehilfen als Teilnehmer eingetragen. Alle, die dem jungen Unternehmen voll- verständnis entgegenbringen, dürfen des Dankes der Volksgemeinschaft ver sicher sein, denn die Fachklassen bereichern dem gesamten graphischen Gewerbe zum Nutzen. Der „Zeitschrift“ sei aber damit auch ein Beweis geliefert, daß es der Gehilfenchaft vollster Ernst ist, den gewerblichen Nachwuchs technisch tüchtig auszubilden.

**Zur Arbeitsvermittlung der Deutschen Turnerschaft.** Auf unser diesbezügliche Notiz in Nr. 21 wird uns aus Kollegenkreisen folgendes geschrieben: „Die Arbeitsvermittlung ist nicht Hauptzweck der Turnerschaft, sondern das Festhalten der sogenannten Spielturner oder überhaupt der guten Turner. Die Deutsche Turnerschaft hat ja wohl über eine Million Mitglieder, aber die wenigsten davon sind Turner. Viele deutsche Turnvereine besitzen eigene Turnhallen und Spielplätze, gestiftet von ihren Sönnern oder Ehrenmitgliedern. Durch die rege Mitatlon der Arbeiterturner besitzen sich aber die in den deutschen Turnvereinen befindlichen Arbeiter auf ihre Klassenreue und verlassen die burrapatriotischen Vereine und gehen zu den Arbeiterturnern über. Dadurch verlieren die deutschen Turnvereine ihre guten Turner und nebenbei bapert es auch mit der Rentabilität der Turnhallen, die meist auch eine Anekdote haben. Deshalb diese verlockenden Inserate; denn es ist bekannt, daß die Spielturner in den deutschen Turnvereinen manche Vergünstigung genießen, weil man sie eben braucht. Wenn unser im Sommer in Leipzig stattfindendes Arbeiterturnfest einen guten Verlauf nimmt, woran nicht zu zweifeln ist, kann es kommen, daß die in den deutschen Turnvereinen sich noch befindenden Arbeiter austreten, und dann blüht gegen den Turnerschwind der burrapatriotischen Vereine auch kein noch so verlockendes Inserat.“

**Billige Drucksachen mit zusammengeschlossenem Material.** Ein in einer Buchdrucker in Buer i. W. beschäftigter Buchdrucker, der in Reddinghausen wohnt, erregte in Reddinghausen dadurch Aufsehen, daß er zu erstaunlich niedrigen Preisen Drucksachen anfertigte. Bei einer Inventuraufnahme in der Druckerlei seines Arbeitgebers wurde das Fehlen erheblicher Mengen von Schriften, Linien usw. festgestellt. Eine Nachprüfung ergab, daß der Buchdrucker die Druckerlei heimlich verlassen und sich in einem kleinen „Kleinen“ Druckerlei eingerichtet hatte. Sein „Kompaqnon“ war ein Buchbinder. Man vermutet, daß auch das Papier auf unredlichem Wege beschafft worden ist. Der Buchdrucker hatte durchgehende Arbeitszeit und den Nachmittag frei. Wenn er nach Hause kam, begann er mit dem gestohlenen Material einen eignen Druckerbetrieb. Der diebische Buchdrucker wurde festgenommen.

**Die Überflutung Dänemarks mit deutschem Papier.** Eine größere dänische Papierfabrik hat 1921 einen Gebrauchsbeitrag von 4 Mill. Kr. aufzuweisen. Aber die Ursachen der Verluste des Unternehmens wird mitgeteilt, daß die Hauptursache die steigende ausländische Konkurrenz, namentlich Deutschlands, ist. Einer jährlichen Einbuße von etwa 15000 bis 16000 t in den letzten Friedensjahren steht eine Einbuße von 24000 t im Jahre 1921 gegenüber. Die heimische Fabrikation mußte bis auf ein Drittel eingeschränkt werden, während die Einbuße um etwa 50 Proz. liegt.

**Zur Entschädigung und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.** Der Artikel unter vorstehender Überschrift in Nr. 6 enthält an verschiedenen Stellen Angaben über das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz, die inwieweit nach dem Gesetz zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes für Kaufmannsgerichte vom 14. Januar 1922 („Reichsgesetzblatt“ Nr. 9 vom 17. Januar 1922) nicht maßgebend und als überholt zu betrachten sind. In der Hauptsache handelt es sich um Fragen der Zuständigkeit, der Höhe des Streitgegenstandes und Berufungsmöglichkeiten. Da der betreffende Artikel längere Zeit vor Veröffentlichung der schon erwähnten Abänderungen geschrieben war, konnte der Verfasser diese nicht berücksichtigen, während Stoffabrang und die seitige Papierfrage uns keine Möglichkeiten boten, den Artikel früher zu veröffentlichen. Wir werden daher demnächst in einem besonderen Artikel die streitigen Fragen von sachkundiger Seite nach dem neuen Rechte beleuchten lassen.

**Zur internationalen Einheitsfront der Gewerkschaften.** Am 17. Februar fand in Brüssel eine Versprechung zwischen Die Plau, dem Vertreter des Norwegischen Gewerkschaftsbundes, und dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt über die Möglichkeit, gegenüber der wachsenden Reaktion die Einheitsfront der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu verwirklichen. Die Besprechung ergab die erneute Feststellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß er stets für die Einheitsfront des Proletariats eingetreten sei und es mit Freunden begrüßen würde, wenn die in den russischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter bereit wären, diese Einheitsfront gemeinsam mit ihren Kollegen der anderen Länder zu schaffen. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärte sich bereit, zu diesem Zweck jeder-

zeit mit einer beliebigen Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Russlands zusammenzukommen. Betriebsräte im Aufsichtsrat. Das am 4. Februar 1920 von der Nationalversammlung beschlossene und am 11. Februar 1920 in Kraft getretene Betriebsrätegesetz konnte bisher nicht in vollem Umfang durchgeführt werden, weil hierzu gemäß §§ 72 und 70 noch Ergränzungsgesetze notwendig waren. Das eine auf Grund des § 72 zu schaffende Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung hat der Reichstag am 5. Februar 1921 verabschiedet. Das andre auf Grund des § 70 zu erlassende Gesetz über die „Entsendung von Betriebsvertretungsmitgliedern in den Aufsichtsrat“ ist vom Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Februar 1922 endgültig beschlossen worden und mit Wirkung am gleichen Tag in Kraft getreten. Damit wäre der Streik der unmittelbar für die Betriebsvertretungen auf Grund der Reichsverfassung zu schaffenden Gesehe geschlossen, wenn nicht der Reichstag eine Entschädigung angenommen hätte, daß die Reichsregierung eine Vorlage über ein Gesetz ausarbeiten soll, welches den Betriebsvertretungen der bergarbeitlichen Gewerkschaften, für die zur Zeit gesetzlich Aufsichtsräte nicht vorgeschrieben sind, die Möglichkeit abt, inwieweit in den Aufsichtsratskörpern eine Vertretung zu haben, wie dies für die Betriebsräte in Betrieben mit einem Aufsichtsrat nummehr der Fall ist. Hoffentlich gelingt es bald, auch diesen Schlußstein einzufügen und die notwendigen Arbeiten zu erledigen, damit das Gesetz praktisch wirksam werden kann. Durch die bestehenden drei Gesehe ist für die Betriebsräte in Deutschland eine wertvolle Möglichkeit der Mitarbeit im Wirtschaftsleben geschaffen. Damit erwächst der deutschen Arbeiterklasse aber auch eine große Verantwortung. Es gilt nummehr zu beweisen, daß die Arbeitnehmerschaft in den neuen Aufgaben zu erfüllen, damit die Arbeiterbewegung nicht nur national, sondern auch international ihrem Ziele, der Überführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft, näher kommt.

**Erhöhung der Tageselder für Schiffe und Geschworene in Sachsen.** Im Reichsausschuß des sächsischen Landtags wurde ein Mehrheitsantrag angenommen, der eine Erhöhung der Tageselder für diejenige Schiffe und Geschworenen vorseh, die eine nachweisbare Einbuße an Arbeitsverdienst erlitten haben und nicht über 50000 Mk. Jahreserwerb haben. Das erleichtert Gewerkschaftsmitgliedern wesentlich die Ausübung eines solchen Ehrenamts.

**Agrarierfronte im Zirkus Busch und in Hannover.** Die Agrarier frontieren jetzt in allen Teilen des Deutschen Reiches die Regierung und fordern das deutsche Volk heraus in einer dreifachen Art und Weise, wie es bisher fast noch nicht dagewesen ist. Und dies alles, obwohl die Regierung harnes ihr vollstes Vertrauen verdient und das Volk nochedrigen die gelehrdigen Aberrisse zahl. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet des Agrarierfronten sind im Zirkus Busch in Berlin mit hoch zwei Parallelsammelungen (die hohen Eisenbahnfahrpreise) stellten für die notleidenden Agrarier ebensoviele eine Rolle wie die Preise der Schieber- und Schlemmerlokale) ist nun auch Hannover mit einer Haupttagung des Reichslandbundes gefolgt. Dort nahmen 12000 Landwirte aus allen Teilen Deutschlands sowie Vertreter aus Österreich und der Tschechoslowakei daran teil. In Hannover wie in Berlin wurden förmliche Brandreden gehalten und Beschüsse des Inhalts gefaßt, daß die Landbändler ein erneutes Um-lageverfahren (das sie selbst an Stelle der Zwangs-wirtschaft gefordert haben) mit allen Mitteln sabotieren wollen, daß sie der Reichsgroßhandels-gesellschaft nicht ein Pfund Korn, auch keinen Ballen Stroh liefern wollen und daß sie weit entfernt sind, irgendwelche Beisitzern, namentlich auch in Form der geplanten Zwangsanleihe, zu zahlen. Wegen bestehende oder noch zu erlassende Gesehe wird ganz offen zum Widerstand aufgerufen und gegen die Willkür der Finanzämter, die sich unterziehen sollen, sie richtig zu be-stimmen, wollen die Agrarier die schärfsten Mittel anwenden. Die Abrede von ihrer „politischen Neutralität“ wurde gleich durch den Zirkus „Raus mit den Juden!“ bekräftigt, ebenso bei Erwähnung der Sozialdemokratie mit dem Zirkus „Schlagt die Hunde tot!“ Schieber und Wucherer wollen die Agrarier in ihren Reihen nicht dulden, daß aber die Kartellpresse auf das Hundertfache des Friedenspreises steigern wird, scheint man sehr in Ordnung zu finden. Vom „Wiederaufbau“ und einer „nationalen Einheitsfront“ sowie von der „Durchführung der Selbsternäh-rung des deutschen Volkes“ wurde nicht wenig gefaselt. In Wirklichkeit ist aber die Parole: Mieterstreik, Steuerstreik und vollständige Wuchererfreiheit. Das ist agrarischer Idealismus, der mit solcher zynischer Offenheit betont und durchgeleitet werden kann, nur weil die Arbeiterklasse zur gegenwärtigen Zeit nicht einig war und es heute noch nicht ist.

**Deutsche Gewerkschaft in München.** Als Zeitpunkt für die Eröffnung der Deutschen Gewerkschaft München 1922 ist der 13. Mai bestimmt worden. Für die Vertreter des „Reichsverbandes der Deutschen Presse“, der vom 5. bis 8. Mai seine Jahrestagung in München abhält, wird voraussichtlich am 8. Mai ein Rundgang durch die Ausstellung veranstaltet, um den aus allen Teilen Deutschlands eintreffenden Pressevertretern ein Bild von dem zu geben, was die große Schau deutscher Arbeit und deutscher Leistungsbildung bieten wird.

**Nachrichten für Auswanderer.** Durch den hohen Arbeitslosenstand in Schweden (etwa 117000) ist dort für Auswanderer keinerlei Arbeitsmöglichkeit vorhanden. Lohnkämpfe und Lohnherabsetzungen sind an der Tagesordnung. Wegen des schlechten Geschäftsganges in Norwegen ist es Deutschen fast unmöglich, zur Zeit dort Beschäftigung zu erhalten. Einreiseerlaubnis wird nur gewährt, wenn festes Engagement nachgewiesen werden kann oder die Einreise von Unternehmern gewünscht wird.

Literarisches

„Die Bodenreform.“ Grundrissliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not. Von U. Damalschke. Diesem weitverbreiteten grundlegenden Werke der deutschen Bodenreformbewegung, das in 19. Auflage mit 111, bis 122. Tausend erschienen ist, ist im „Starr.“ bei jenem wiederholten Erscheinen besprochen und auf die mit den Gewerkschaften und Genossenschaften gleichstrebende Bodenreformbewegung überhaupt Bezug genommen worden. So daß wir uns mehr auf Reglementierung beschränken können. Beson. soll aber doch sein, daß darin der „Starr.“ mit seinen Stellungnahmen zitiert wird. In Bedeutung hat das Buch sehr dadurch gewonnen, daß in der Reichsversammlung die Grundzüge des Bundes Deutscher Bodenreformer, der von Damalschke geleitet wird, wörtlich als ein Grundrecht des deutschen Volkes aufgenommen wurden und insoweit im Staatsbürgerlichen Unterricht aller Lehranstalten die Bodenreform vorgeführt werden muß. 484 Seiten. Verlag Gustav Fischer in Jena.

Briefkasten

W. B. in Düsseldorf: Willen um Aufhebung einer dementsprechenden Darstellung nach der jetzt gegebenen Situation; der persönliche Wunsch am Schluß Ihrer Zeitschrift wird gern erfüllt werden. — G. D. in Dr.: Leider nicht besser geworden, und zwar

weder inbaldig, noch der Form nach; daher keine Verwendung. — webers Kunstverfall in Dortmund: Die betreffende Bekanntmachung ist nicht von uns, sondern vom Tarifamt. Unser Gesamtwochenlohn ist der tarifliche Lohn zu verlieren; die neuen Zulagen kommen für alle Löhne, also auch für solche über Tarif, in Frage, d. h. der Betrag, der bisher schon über Tariflohn bezahlt wurde, muß auch nach Eintragung der neuen Zulagen bezahlt werden. — B. in Berlin: Wird aufgenommen; solche Abänderungen sind im „Starr.“ schon längst abgelehnt, weil sie früher öfter zu Verwicklungen und vielen Schreibern Anlaß gaben. — C. A. in Danzig: Bericht erscheint im Märzheft des „Sungbuchdruckers.“ — Maschinenmeistervereine Altenburg und Berlin: Jahresberichte werden im „Starr.“ seit Jahren nicht mehr veröffentlicht. Sie hören in die Reichstagsberichte der Gewe. — Nach Herbst: Die betreffende Verordnung besteht noch zu Recht, auch für kleine Betriebe. — Kollege in B.: Mit Interesse Kenntnis genommen von der Großstadtverordn. die hoffentlich nicht ohne Einfluß auf Volkswirtschaftserhebung bleibt. — C. A. in Schw.: 32 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsioplaf 5 II, Fernsprecher: Amt Sürfürst, Nr. 1191.

Kauptverwaltung. Dem auf der Reise (wahrscheinlich nach der Schweiz) befindlichen Seher Stanislaus Weim, geboren am 27. April 1898 in Kroschotin (Hauptbuchnummer 107374), sind Quittungsbuch und Reiselegitimation abzunehmen und beide aus-

wespapieren an die Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamsioplaf 5 II, einzuliefern. Dem Kollegen darf weder Unterführung gezahlt, noch eine Bezeichnung über seine Mitgliedschaft ausgesprochen werden, da über deren Weiterbefolgen der Gauverein Berlin noch Beschluf zu fassen hat.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): Am Gau Mecklenburg-Rückel der Bruder Albert Behner, geb. in Bözig (Str. Schloßhof), ausgem. in Rummelburg (Dom.) 1921; war noch nicht Mitglied. — L. Bahndte in Schwerin i. M., Reifelder Straße 19.

Verammlungskalender

Danzig (Greifswald). Ordentliche Hauptversammlung Sonntag, den 5. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerbehause“, Chamsioplaf. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Schloßpauer Straße 1a.

Stettin. Maschinenmeister, Stereoskopier- und Galvano-plastiker-Hauptversammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in der Restauration Sauerzger in Cberfeld, Bachstraße 92. Anträge bis 4. März an den Vorsitzenden.

Leipzig. Korrekturenversammlung Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Säge“, Dresdener Straße 19.

Bereinigung der russischen Seher in Berlin

Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage unfres Berufs in Rußland. 2. Tarifliche Wünsche. 3. Verschiedenes. [544]

Vollzähligen und pünktlichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Monotypie-Gießformen!

Reparaturen und Aufstellung innerhalb acht Tagen, in eiligen Fällen innerhalb drei Tagen. Reichhaltiges Ersatzteillager. Präzisionsführung. [502]

Für größere Druckerei Dresdens [548]

Obermaschinenmeister

gelesen Alters, guter Maschinen- und Apparatekennner, fleißiger Illustrationsdrucker, an pünktliches und peinlich sauberes Arbeiten gewöhnt und befähigt, das Personal geschickt anzustellen, in Dauerstellung für 1. April gesucht. Ausflüchtige Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten unter R. M. 25 hauptpostlagernd Dresden.

Rotationsmaschinenmeister

Für 12- und 16-fellige Granthaltaler Maschinen gesucht. [555]

Mannheimer Vereinsdruckerei, Mannheim.

Mehrere Monotypiegießer

zum sofortigen Eintritt gesucht. Bei guten Leistungen Dauerstellung. [430]

Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Schriftseher

Für Redaktions- und Kustisch sofort verlangt von [516]

Krowitsch & Sohn, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 29.

Rinotypiegießer

Für Maltz-Edel in Wechselzahl gesucht, desgleichen ein [537]

Typographseher

Für U-B-Maschine. Ferner erstklassigen ersten

Mkzidenzseher

mit eignen Ideen und vollständig selbständig arbeitend.

Wir bitten um Einsendung von Mustern, Zeugnissen, Altersangabe und Lohnforderungen.

Friedrich Altmann Druckerei-Gesellschaft, Erfurt.

Fächliger

Rinotypiegießer

sofort nach Bonn gesucht. [535]

„Deutsche Reichs-Zeitung“, Bonn, Eifelstr. 1.

Typographseher

Für A-Maschine gesucht [539]

Druckerei Noewenthal, Berlin C 19, Grünstraße 4.

Faktor

gelesen Alters, langjähriger Gewerkschaftler, agitatorisch befähigt, wünscht sich in SPD-Druckerei zu verändern. Angebote unter B. 542 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Junger Redakteur

unverheiratet, mit zweijähriger, selbständiger Praxis, Stenograph, flotter Maschinenschreiber, englische Sprachkenntnisse, festerer Korrekturenreifer

wünscht sich bald zu verändern

Ganz gleich wohin!

Suchender hat Organisationsstalent und verfügt über schriftstellerische Erfolge. Reinerliche Begabung. Reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Jugendpflege und -bewegung. Würde nicht eventuell auch als Interimskorrektureur befähigen. Gelehrter Buchdrucker.

Angebote sofort unter B. 536 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Mkzidenzseher

(20 Jahre alt). Strebiam, mit guter Schul- und Allgemeinbildung, sucht Stellung als solcher oder da, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich an der Seherarbeit auszubilden. Norddeutschland bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Off. Angebote unter Nr. 541 an die Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Salomonstr. 8.

Mkzidenzseher

Junger

Rinotypiegießer

in ungehindigster Stellung, fleißiger Arbeiter, sucht sich nach Hamburg zu verändern. Offerten erbeten an [470]

C. Pogeler, Hamburg 28, Am Bahndamm 10 II.

Junger

Rinotypiegießer

23 Jahre alt, ledig, vertraut mit achtfelliger Frankenthaler Rotation sowie fünfzig Bogenanleger und Universalbogenanzüßler, sucht bald Stellung. S. Sauer, Saynau i. Schl., Domplatz 7, bei Frau Ludwig. [543]

Junger Schriftseher

19 Jahre alt, sucht sofort Stellung. Angebote an Erwin Schlichte, Sondershausen i. Th., Peterstraße 5. [552]

Russisch

Seher mit guten Sprachkenntnissen sucht Stellung, Ausbildung an der Sehermaschine wird gewünscht, ist jedoch nicht Bedingung. Angebote erbeten unter O. L. 546 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Sehermaschine

Sofort sucht junger

Schriftseher

20 Jahre alt, Stellung, Bewandert im Inzeratens-, Werks-, Tabellen- und Abzeldenssch. [556]

Off. Angebote erbeten an Karl Sauer, Sondershausen (Schlr.), Gartenstraße 11.

Rheinland

Mkzidenz- und Anzeigenseher

23 Jahre alt, mit guten Kenntnissen, sucht sofort Stellung. [557]

Angebote unter Nr. 559 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Weistfalen

Zwei Junge

Schriftseher

20 Jahre alt, suchen Stellung, wo sie sich an der Sehermaschine ausbilden können. Angebote erbeten an F. Stollenbach, Stendal, Bergstraße 65. [557]

Junger, fleißiger

Typographseher

der auch im Handsatz firm ist, sucht sich zu verändern. [558]

Off. Offerten an Anton Dellon, Wiesbaden, Friedrichstraße 36.

Hamburg! Hamburg!

Maschinenmeister

in ungehindigster Stellung wünscht sich in Hamburg zu verändern. Firm in Illustrations-, Werks- und Maltzdruck in Mehrfarbenbrudr nicht unerfahren. Durchaus selbständig arbeitend an Schnellpresse sowie Zweitorenmaschine. Vollkommen vertraut mit Bogenanleger Universal und König. Guter Maschinenkennner. [554]

Off. Angebote unter M. B. 666 erbeten postlagernd Hamburg 15.

Maschinenmeister

23 Jahre alt, ledig, vertraut mit achtfelliger Frankenthaler Rotation sowie fünfzig Bogenanleger und Universalbogenanzüßler, sucht bald Stellung. S. Sauer, Saynau i. Schl., Domplatz 7, bei Frau Ludwig. [543]

Ausland! Monotypiegießer

gelernter Schriftseher, mit fleißiger Praxis, guter Maschinenkennner, sucht Stellung. Off. Offerten unter Nr. 484 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Südischer Seherlehrling

(17 1/2 Jahre alt), welcher schon zwei Jahre gelernt hat, sucht zur Weiterbildung im Inzeratens- und jüdischen Seherstellung. Gefällige Angebote an [538]

Joseph Berger, Nürnberg, Eberhardshofstraße 7 b.

Fernunterricht

in „Mäfers Buchführung für Buchdrucker“ nach neuzzeitlicher Bearbeitung. Vorkenntnisse in Buchführung oder besondere Befähigung nicht erforderlich. Beginn der neuen Kurse am 1. März. Teilnehmer werden jederzeit angenommen. [540]

Ausführliche Prospekte beim Verlag Julius Meier, Leipzig-Pl., Senefelderstraße 13/17, erhältlich.

Seherblusen a. gut. Stoff fertigt an

und liefert per Nachn. Länge 110, 120 u. 130 cm. Nr. 96, 100 u. 104 Mk. (o. Porto). Fr. C. Weiske, Königsberg i. Pr., Blumenstraße 10.

Ahlen und Pinzetten

Zurichtemeffer und Scheren

Ahlen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Seher u. Drucker empfiehlt S. Sieg, München 9. — Katalog 1 Mk.

Hans Junker

wird als Zeuge gesucht. Für Mitteilung seiner Adresse 30 Mk. Bedingung. Rechtsanwalt Menzahn, Rübbecke i. Westf.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerufene

Volkfürforge

Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft Hamburg 6.

Alphabethefte Suche, Federn Schriftvorlagen

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H. Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.). Postfachkonto 53430.

Bierzipfel, Couleurbänder Schlips- u. Verbandsnadeln

Werkzeugkasten verstellbar, aus jährl. Werks. für Maschinenstr. u. Seher empf. i. best. Qual. Kollege Max Volgt, Leipzig-Göltzsch, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. 1674

Für den „Korrespondent“ ist die Telefonnummer 14111, das Postfachkonto Leipzig Nr. 61328.

Am 15. Februar verschied unser langjähriges Mitglied, Kollege

Bernhard Sriel

geboren am 8. März 1860 in Königsbrück. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Der Leipziger Korrekturenverein.

Ludwig Saur

im Alter von 57 Jahren und nach 44jähriger Geschäftszugehörigkeit. Wir beklagen in ihm einen aufrichtigen Menschen und zum vollen Kollegen. Er war ein einer der Besten, ein Müller von vorbildlicher Treue, dessen Andenken in uns fortleben wird. Technisches Personal der „Opfadener Zeitung“.

Unerwartet schnell verschied am 18. Februar nach kurzer Krankheit unser liebes Mitglied, der

Ludwig Saur

aus Opfaden, im Alter von 57 Jahren. Durch seine frühere langjährige Tätigkeit als Ortsvereinskassierer ist mit ihm ein pflichttreuer Kollege aus unserm Reihen geschieden. Wir werden diesem ehrlichen Charakter ein festes Gedenken bewahren. Ortsverein Opfaden.

Herr Friedrich Törk

Musterhafter Mitarbeiter förderte ihn vom Lehrling zu dem zuerst innegehabten Posten, auf dem er uns jederzeit ein billig und gerecht denkender Berater war. Wir verlernen in dem Verstorbenen einen lieben Kollegen, der durch 51 Jahre seine Treue dem Verbands wahrte. 1649 Sein Andenken werden stets in Ehren halten Orts- und Bezirksverein Schwerin i. M.

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Gründungsnummer 50 Preisung. Vertriebsweg für die  
Zustellung gratis. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 23 — Leipzig, den 23. Februar 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags früh zur jeweils nächsten Nummer.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Österreich sind unbedingt vorher Erklärungen beim örtlichen Gewerkschaftsamt einzuholen. Kollegen! Abt freudigste Solidarität mit den österreichischen Tarifkämpfern!

Berlin. (Auserordentliche Generalversammlung am 1. Februar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wählte Kollege Albrecht einen warmen Nachruf der Art vom Tode überlachten Vorkämpferin für die Frauenrechte und des Proletariats, Frau Luise Fleg. Hieran gab Kollege Albrecht den Bericht von den Tarifausschuss-Verhandlungen in Leipzig. Trotz des bereits ausführlich im „Korr.“ veröffentlichten Beschlusses war Kollege, in der Lage, der Versammlung einen höchst instruktiven Bericht zu geben, der einen klaren Einblick in die einzelnen Phasen der Verhandlungen ermöglichte. Mit überzeugenden Worten wies Kollege Albrecht die Schwierigkeiten der Verhandlungen nach, die in der Hauptsache darin lagen, daß die Prinzipalpartei in Verkenntung der Verhältnisse sich nicht darauf eingestellt hatte, nicht einen Plebiszium zu bewilligen, ja sogar mit gebundenem Mandat nach Leipzig kam. In diesem Verhandeln und unausgeglichenen Zustand wählten die Gehilfenvertreter endlich den ebenso großen Widerstand der Prinzipale zu brechen und sie zu den Zugeständnissen zu bringen, wie sie im „Korr.“ bereits veröffentlicht wurden. Nach Erörterung aller anderen Tagesordnungspunkte der Tarifausschussung empfahl Kollege Albrecht die Annahme des Abkommens trotz des auch von ihm als mager und ungenügend bezeichneten Resultats. Die Diskussion dauerte mehrere Stunden, wobei sämtliche Redner ihrer tiefsten Enttäuschung Ausdruck verliehen. Ein der Debatten beteiligten sich die Kollegen Stropff, Kotte, Barb, Fiedler, Braun, Schreier, Martin Weiß, Schwachowski, Bierath, die in mehr oder minder klarer Weise ihre Stellung zum Lohnabkommen präsidierten. Während Kollege Braun als Teilnehmer an den Leipziger Verhandlungen der Einigkeit und Geschlossenheit auch in schwierigen Situationen, wie sie die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen, das Wort redete und die eindringlichen Worte des Referenten unterstrich, wollte sich Kollege Stropff in einer von ihm eingebrachten Resolution mit dem Abkommen auf für den Monat Februar abschließen und den Verbandsvorstand veranlassen, am 1. März neue Verhandlungen einzuleiten oder zu erzwingen. Kollege Kotte brachte in seiner Resolution zum Ausdruck, daß die Gehilfenvertreter bis ins kleinste den Nachweis der weiteren Forderung gefordert haben, verlangte die Prüfung der Frage nach der Zweckmäßigkeit der Tarifgemeinschaft, erklärte sich des weiteren an eine Kündigung des Lohnabkommens nicht gebunden und wollte auch eventuell vor einer lokalen Bewegung nicht zurückweichen. In einer dritten, vom Kollegen Fiedler eingebrachten Resolution kam zum Ausdruck, daß man angesichts der Tendenz auf Unternehmerrseite hinsichtlich der Höhe über das bekanntgegebene Ergebnis keineswegs erstaunt sei, müsse es aber ablehnen, durch Annahme des Angebots die Zustimmung zur weiteren Veredelung der Gesamtsituation zu geben. Die Resolution stellte ferner in Abrede, daß durch gütliche Verhandlungen eine Hebung des Lebensniveaus zu erreichen sei und zog den großen Kampf vor; des weiteren wurde dem Ausbau der Organisation in der Richtung des Industriegewerkschafts das Wort geredet. Unser Verbandsvorsitzender Selb nahm gleichfalls zu längeren Ausführungen das Wort und ging hauptsächlich auf die gemachten Ausführungen wie auch kurz auf die Verhandlungen in Leipzig ein. In einer Reihe von Fällen suchte er die irrigen Auffassungen der einzelnen Redner nachzuweisen und empfahl die Ablehnung aller drei Resolutionen. Kollege Selb gab am Schluß die Erklärung ab, daß, wenn sich die Verhältnisse grundlegend verändern, der Verbandsvorstand bereit sei, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen. In seinem Schlusswort befragte sich Kollege Albrecht gleichfalls mit den Ausführungen der Diskussionseredner, nahm auf neuere Zeitereignisse Bezug und empfahl ebenfalls Ablehnung der eingebrachten Resolutionen. Kollege Stropff zog hierauf keine Resolution zurück, während die beiden anderen Resolutionen der Ablehnung verfielen. Kollege Albrecht gab hierbei die Erklärung ab, daß mit der Zurückziehung bzw. Ablehnung der Resolutionen durchaus nicht etwa die Zufriedenheit mit dem getroffenen Abkommen zum Ausdruck gebracht werden solle. Am Schluß der Versammlung schloßten die Kollegen Podzuweit und Kolemank den bei der Firma August Scherl (Abteilung Albrecht) entstandenen Konflikt, der zur Auslieferung von 80 Albrechtbüchern führte. Dieser Konflikt ist nach vierstündiger Dauer inzwischen beigelegt, das Personal nahm die Arbeit auf; über das Streitobjekt selbst wird das Tarifschiedsgericht entscheiden. Der Berichterstatter.)

Breslau. Die am 5. Februar tagende, außerordentliche Mitgliederversammlung nahm den Bericht des Gehilfenvertreter Fiedler über die Tarifausschussung entgegen. Allgemeine Entrüstung herrschte in der darauf-

folgenden Diskussion über das Verhalten der Prinzipale, welche von dem Emporkommen der Preise nichts zu spüren scheinen, da sie sich rechtlich eindecken und nun von den billigen Waren leben konnten. Infolgedessen lehnt es ihnen an „Beweisen“. Sämtliche Redner waren sich darin einig, daß derartige Tarifausschussungen keinen Zweck haben, wenn sie uns nicht das Notwendigste zur Lebenshaltung bringen. Scharfe Kritik wurde auch an den Vermittlungsvorschlägen des Arztes Schlies geübt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Was bedenkt der Verbandsvorstand gegen das immer mehr herausfordernde Benehmen der Prinzipale in den Tarifausschussungen zu tun? Es geht nicht an, daß der Tarifausschuss in tagelangen Verhandlungen der deutschen Buchdruckergehilfen eine Lohnzulage bewilligt, die man als ein Almosen ansprechen muß und die nicht einmal dazu ausreicht, die durch die neuen (indirekten) Steuern veranlaßte Preissteigerung auszugleichen, ganz abgesehen von den durch die Erhöhung der Frachtpreise, Post-, Telephongebühren und nicht zuletzt durch den Geldwucher der Landwirtschaft herbeigeführten Steigerungen der notwendigsten Lebensmittel.“

Buer i. M. Die am 11. Februar in Gladbeck abgehaltene Monatsversammlung besaß sich mit der letzten Tagesordnung. Die Zugehörigkeit der Prinzipalpartei wurde scharf verurteilt; auch konnte man die lange Gültigkeitsdauer nicht verstehen, bekamen doch die Maurer im hiesigen Bezirk eine Erhöhung von 2,80 Mk. pro Stunde, gültig vom 15. Februar bis 3. März. Folgende Entschlüsse (Land Annahme): „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Buer-Gladbeck in Weill, erklärt die ab 1. Februar zu zahlende Feuerungszulage als den tatsächlichen Feuerungsverhältnissen nicht entsprechend und fordert die Verhandlungsinstanzen auf, das Lohnabkommen zum 1. März zu kündigen und dann darauf zu bringen, daß eine den Feuerungsverhältnissen wirklich entsprechende Feuerungszulage, rückwirkend ab 1. März, gezahlt wird.“ Gewerkschaftssekretär Krabn (Gladbeck) behandelte das Thema „Arbeitsrecht“. Zur Unterhaltung und Belehrung findet in nächster Zeit ein plattdeutscher Abend statt. Von Maschinenfertigkeit wurde bemerkt, daß kein Still zwischen Hand- und Maschinenleber getrieben werden dürfe. Es wurde festgestellt, daß bei Ertragslagen der Maschinenleber auch die Handleber Nutzen haben.

St. Gallen. Unsere letzte Versammlung am 4. Februar fand Schluß unter dem Zeichen, das letzte Tagesordnungspunkt wurde Beschlüsse darüber gefaßt; daß unsre Vertreter bei der Tarifausschussung nicht mehr herausgeholt hätten. Aber es wurden auch die Schwierigkeiten anerkannt, die die Gehilfenvertreter zu überwinden hatten. Nach lebhafter Sprache gelangte eine Entschlüsse zur Annahme, die auch dem Gehilfenvertreter des Kreises I übermittelte werden soll. Darin wird mit größter Entrüstung protestiert gegen die letzte schmähliche Tariflohnfestsetzung und vom Gewerkschaftswort, Gehilfenvertreter die sofortige Einberufung des Tarifausschusses und Forderung der Mindestforderung von 150 Mk., d. h. ausschließlich der zum 1. Februar d. J. bewilligten Feuerungszulagen, gefordert.

Offen. Nach Erledigung einiger untergeordneter Tagesordnungspunkte war für die Offener Kollegen der Hauptbrennpunkt der Generalversammlung das Ergebnis der Leipziger Tagung des Tarifausschusses. Der Vorsitzende konnte, da wiederum kein Gehilfenvertreter zur Stelle war, nur kurz das wiedergeben, was uns der „Korr.“ gebracht hatte. Die Rednerliste hatte sich recht bald gelöst, und so ging denn der Reihe nach der Redekampf los. Von allen Seiten kam mit recht unheimlichem Gefühl zum Ausdruck, daß so etwas noch nicht dagewesen ist, daß solchen Zeiten und Feuerung mit 60, 50 und 40 Mk. die Gehilfenerschaft abzuwehren. Wenn auch die Prinzipale ihre Augen und Ohren abschließend verschließen, um so mehr mühten die Gehilfenvertreter so viel Rückgrat haben, am grünen Tisch zu sagen: Wir können nicht verantworten und überlassen das Urteil der Gehilfenerschaft. Der Vertrag der Versammlung war die glatte Ablehnung des Leipziger Resultats. Auch soll der Verbandsvorstand geeignete Schritte unternehmen, um einen früheren Verhandlungstermin zu erzielen.

L. Frankfurt a. M. (Mitglieder-Versammlung vom 31. Januar.) Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erfaßte der Gehilfenvertreter Nepeck Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses in Leipzig. Im Vordergrund seiner Ausführungen besprach Kollege die derzeitigen internationalen wirtschaftlichen Verhältnisse, die in der Folge der Arbeiterkraft aller Länder, auch der Siegerstaaten, sich widerspiegeln. Die Scheinkonjunktur, in der die deutsche Industrie sich heute befindet, müsse mit Naturnotwendigkeit sich ändern, sobald der „Wiederaufbau“ Europas Wirklichkeit werde. Erst dann werde sich der wahre Wert der Gewerkschaften für die deutsche Arbeiterklasse erweisen. Zu den Organisationen, die diesem Abwehrkampf gestärkt gegenüberstehen, zählte auch der Verband der Deutschen Buchdrucker. In kurzen, klaren Worten berichtete Kollege ferner über die Verhandlungen in Leipzig und das Ergebnis derselben. Die Diskussion, die sich in sachlichen Bahnen bewegte,

land ihren Niederschlag in nachstehender Resolution, der die Mehrheit der Versammlung zustimmte: „Die am 31. Januar 1922 tagende Versammlung der Buchdrucker Groß-Frankreich fordert die Kündigung des Abkommens am 1. März und stellt fest, daß der Bericht des Gehilfenvertreter, Kollegen Nepeck, große Erregung hervorgerufen hat. Die Versammelten sprechen dem Geschäftsführer des Tarifausschusses, Kollegen Schlies, für seinen Vermittlungsvorschlag ihr Mißfallen aus und erbitten darin den Versuch, die graphischen Arbeiter auf einem Lohnniveau zu halten, das mit der Ertragsmäßigkeit in kräftiger Widersprüche steht. Die Versammlung beauftragt den Gehilfenvertreter, bei den nächsten Verhandlungen eine im Verhältnis zur Feuerung stehende Zulage durch ultimatives Vorgehen herbeizuführen. Die Versammelten sind sich weiter darüber einig, daß die zehn Forderungen des ADGB, konsequent durchgeführt werden müssen; entweder legt der ADGB in der Regierung durch seine Vertreter seinen Willen durch oder, wenn der ADGB damit in der Regierung nicht durchdringt, Zurückziehung seiner Vertreter aus derselben und die sofortige Einstellung eines auf der breitesten Front durchgeführten Kampfes der gesamten Arbeiterklasse. Was ist ohne Zweifel der einzige Weg auch für die Buchdrucker, sich vor der Verelendung zu retten.“

Hamburg-Altona. Die Versammlung am 31. Januar wählte nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten in die Kommission zur Vorbereitung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes die Kollegen Bolliger, Marens, Thordauer, Pieczak, Thordan, Reindorf, Corti, Melzer und Braun. Sodann gab Kollege Runkler in kurzen Strichen ein Bild von der Sitzung des Tarifausschusses in Leipzig. Die Verhandlungen fanden nach zweifacher ergebnisloser Debatte kurz vor dem Abbruch. Zuletzt sei doch noch ein Resultat erzielt, das für Hamburg Zulagen von 40 bis 60 Mk. pro Woche enthalte. Das Abkommen sei frühestens zum 31. März zu kündigen. Die freiwillige Hamburg-Berliner Zulage von 8 Mk. sei jetzt tarifliches Recht geworden. In der Aussprache bemängelte Kollege Bruhn die lange Gültigkeitsdauer des Abkommens. Eine große Feuerung stehe bevor, es ergebe sich für uns ein immer größeres Minus. Überall leben die Unternehmer den Lohnforderungen ein kategorisches „Nein“ entgegen. Andre Wege des Kampfes müßten eingeschlagen werden. Ein einzelner Verband könnte nicht erfolgreich sein. Wir müssen die gesamte Arbeiterkraft der Arbeiterklasse vereinigen. Die Gehilfenerschaft der Arbeiterklasse vereinigen. Auch Kollege Goede hielt das Abkommen für viel zu langfristige angeht der bevorstehenden Feuerung; auch diesmal vermissen man die Urabstimmung. Kollege Thordan meinte, daß uns das Beschlussesprotokoll wertvolle Aufschlüsse gebe, daß über die tatsächliche Verteilung unserer Gehilfenvertreter. Die Unternehmer mühten uns beweisen, wie mit dem bewilligten Lohn auszukommen sei. Der Kernpunkt unserer Inanspruchnahme sei die lange Geltungsdauer des Abkommens; die anrückende Feuerung mache eine solche Bindung unmöglich. Kollege Melzer verwies ebenfalls auf das Beschlussesprotokoll; nicht wünschen sollten unsre Vertreter, sondern fordern. Er behauptete, daß der kurzfristige Abschluß wieder zugunsten einer längeren Dauer befristet sei. Das Problem der Anpassung an die Weltmarktlöhne müsse auf der Generalversammlung erörtert werden. Kollege Pieczak äußerte sich erstens über die (mit einer Ausnahme) sachliche Debatte. Er behauptete, daß die Maschinenleherlage wiederum nicht erhöht worden sei. Kollege Marquardt besprach die neuen Steuern und ihre Auswirkung auf den Arbeiterhaushalt; nur geschlossen könnten wir uns gegen eine weitere Verelendung wehren. Darum müßte der ADGB, die nötigen Schritte unternehmen. Nach einem kurzen Schlusswort des Gaus Hamburg-Altona erklärten, daß sie die durch das Jahrabkommen erfolgte Erhöhung der Feuerungszulage nur als knappen Ausgleich für die seit Dezember erfolgte Verteuerung der Lebenshaltung ansehen. Sie lehnen es jedoch mit Entschiedenheit ab, darin zugleich einen Ausgleich zu sehen für die im Hinblick auf die Brotverwertung bestimmt zu erwartende, in ihrem Ausmaß jedoch noch gar nicht abzulehnde Feuerung im Februar und März. Aus diesem Grunde verurteilen sie die lange Geltungsdauer des Abkommens, und da sie das „Auswirken“ einer neuen Feuerung nicht mehr ertragen können, verlangen sie vom Verbandsvorstand, daß er auch innerhalb dieser Frist alle Mittel ergreife, den Lohn der Gehilfen der tatsächlichen Feuerung anzupassen.“ Ebenso einstimmig wurde folgender Entschlüsse angenommen: „Angesichts der kommenden Brotpreiserhöhung und der allgemeinen Verteuerung der Existenzmittel, die durch die gewaltigen Steuerbelastungen kommen werden, unterstützt die Versammlung der Hamburg-Altonaer Buchdrucker alle Bestrebungen des ADGB, die dahin gehen, einseitig die gesamten im ADGB zusammengeschlossenen Arbeiter vor weiterer Verelendung zu schützen. Sie er-

wartet vom Ortsauschusse weitere Schritte und Aufstellung konkreter Forderungen, die die kommende Teuerung ausgleichen."

**Kärntnerland.** Ihre aufgeschobene Versammlung am 1. Februar nahm zum neuen Tarifabkommen Stellung. Nach Bekanntgabe des Resultats und der sonstigen Beschlüsse der letzten Tarifverhandlungen sowie der jetzigen am Orte gültigen Löhne durch den ersten Vorsitzenden setzte eine lebhafteste Aussprache hierüber ein. Von der Annahme ausgehend, daß das Resultat in Anbetracht der fortgeschrittenen Verteuerung der Lebensbedürfnisse ein weit zureichenderes hätte sein müssen, verurteilte die Versammlung das Handeln und Geschicken, das nun einmal in den Tarifverhandlungen gang und gäbe ist. Insbesondere wurde der Vermittlungsvorschlag des Geschäftsführers im Tarifauschuss von mehreren Kollegen scharf verurteilt. Auch der Unterschied zwischen Großstadt und Provinz wurde einer eingehenden Kritik unterzogen, habe doch letztere in Bezug auf billigere Lebensweise gegen erstere heute nichts mehr voraus, und der Kollege in der Provinz habe ebenso seine Vorkaufsrechte wie der in der Großstadt. Da die kommende Preiserhöhung durch das jetzige Lohnabkommen ausgeglichen sein sollte, müsse die Kündigung zum ersten zulässigen Termin erfolgen. Auf die sich immer schwieriger gestaltenden Verhandlungen im Tarifauschuss binwies und kurz die Lage der Gehilfenchaft kritisierte, die sich voraussichtlich bei Auswirkung der letzten Konsequenz ergeben würde, konnte der Vorsitzende zur Abstimmung schreiten. Diese ergab als Resultat, daß man sich in das Unabänderliche füge. Der zweite Punkt der Tagesordnung galt der Stellungnahme zum geplanten Abbau der Platzzulage. Jetzt, da es immer weiter geht auf der abschüssigen Bahn und der Arbeiter immer mehr unter der Last der Zeit zu leiden hat, will man versuchen, uns das, was uns vor kurzem erst zugestanden wurde, wieder zu nehmen. Nur eine völlige Verständnislösung für die Lage der Gehilfen kann einen solchen Entschluß zeitigen. Die Versammlung brachte einstimmig den Willen zum Ausdruck, an dem Erreichten festzuhalten. Zu einem Zeitpunkt, in dem die Lage der Beamten und Staatsarbeiter durch Aufrücken der meisten wälschen Orte in eine höhere Orisklasse sich wesentlich gebessert hat, will man uns das, was uns als Ausgleich gegenüber dem unbesetzten Gebiete dienen soll, nehmen! Nicht Abbau, sondern Aufbau muß die Parole sein. In diesem Sinne wurde einem Antrag auf Erhöhung der Platzzulage zugestimmt.

**S. Köln.** In untr am 4. Februar abgehaltenen Bezirksversammlung berichtete Gauvorsitzer Bertram über die Verhandlungen des Tarifauschusses und des Kreisamts. Da der „Korr.“ schon ausführlich berichtet, ging Redner nur auf die wichtigsten Punkte ein und bedauerte vor allem, daß es diesmal nicht gelungen sei, die berechtigten Forderungen der Maschinenler, und zwar 15 Proz. auf den Gesamtlohn, durchzusetzen. Die Korr. redierten jedoch endlich aufgeschoben werden, im Anbetracht der Welle schwebende Referent die Vorteile des Kollegen Schliebs. Ausführlich berichtete Kollege Bertram über die Kreisamtsitzung am 31. Januar. Hier handelte es sich um den Abbau der Sonderzulage um 66,7 Proz. Die Prinzipale hätten nachzuweisen versucht, daß die Teuerungsverhältnisse im gesamten Deutschland durchweg die gleichen sind. (Es wäre nur zu wünschen, wenn in mehreren Städten des besetzten Gebiets einige führende Prinzipale die Familien vieler Kollegen ausführen würden, um sich von dem großen Glend zu überzeugen und um zur Einsicht zu kommen. Auch die Buchdrucker des besetzten Gebiets sind Menschen und wollen leben. Der Schriftführer.) Da eine Einigung über den Abbau nicht zustande kam, sondern gehilfenförmig Erhöhung beantragt worden war, haben die Prinzipale das Tarifamt zur Entscheidung angerufen. Für die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen klaffte Vorsitzende Janzen dem Referenten den Dank der Versammlung ab. Hierauf setzte eine scharfe, aber sachlich geführte Diskussion ein, in der namentlich auf die Kürzlichkeit der Prinzipale hingewiesen wurde, auch wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Prinzipale doch noch ein gutes Herz hätten, indem sie freiwillig eine Erhöhung der Sonntagsarbeit vornahmen. Ein Redner verglich die Bezahlung der Satzstunden seit August bis Dezember gegenüber untr Entlohnung und wies auf die große Schmutzkonkurrenz hin. Das Verhalten des Kollegen Schliebs wurde ebenfalls kritisiert, doch wurde dieser von fast allen nachfolgenden Rednern in Schutz genommen, da gerade Kollege Schliebs bis auf den heutigen Tag nur im Interesse der Allgemeinheit tätig sei. Die erreichte Zulage wurde als viel zu gering bezeichnet und das langfristige Abkommen verworfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Kölner Mitgliedschaft nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem beantragten Abbau der Beschäftigungszulage und fordert eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung derselben um 50 Proz. Bei jeglichem Abzuge werden die Kollegen Maßnahmen ergreifen, um diesen zu verhindern.“ In seinem Schlusswort stellte Gauvorsitzer Bertram einige Ausführungen richtig. Die Besprechung über das Johannistfest wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zum Schlusse wurden alle anwesenden Kollegen aufgefordert, die künftigen Kollegen auf den Versammlungsbesuch aufmerksam zu machen.

**Magdeburg.** In der Ortsvereinsversammlung am 29. Januar wurde das Antwortschreiben der Prinzipale verlesen, mit dem Gehilfen in mündliche Verhandlungen einzutreten. Dieses Verhalten erweckte allgemeines Befremden, da die Fragen, die verhandelt werden sollen, nach Auffassung der Gehilfen von durchaus großer Bedeutung sind. Den Bericht von der Tarifauschussung in

Leipzig gab der Gehilfenvertreter König (Kalle). Auch die diesmaligen Verhandlungen waren äußerst schwierig, was jedem Kollegen in lebendiger Weise vor Augen geführt wurde. In der Diskussion wurde dem Referenten für seine mühevollen Tätigkeit gedankt, ihm aber auch zu verstehen gegeben, daß man mit den diesmaligen Abmachungen durchaus nicht zufrieden sein kann. Als Willensbindung der Versammlung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 29. Januar 1922 verammelten Buchdruckergehilfen Magdeburgs sind von der minimalen Lohnzulage, welche der Tarifauschuss in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, enttäuscht. Sie halten von den diesmaligen Verhandlungen eine sühnbare Enttäuschung ihrer schweren Lebenslage durch eine großzügige Lohnpolitik seitens der Unternehmer erwartet, zumal die angehängte Erhöhung des Brotpreises um 75 Proz. eine weitere ganz bedeutende Verteuerung der Lebenshaltung bringen wird. Notgedrungen stimmen die Verammelten dem neuen Lohnabkommen zu, machen es jedoch ihrem Gehilfenvertreter schon jetzt zur Pflicht, bei anhaltender bzw. zunehmender Teuerung dafür zu sorgen, daß das jetzige Lohnabkommen zum 1. März 1922 gekündigt wird. Von der negativen Erledigung der Lohnaufschlagsfragen nehmen die Verammelten mit größter Enttäuschung Kenntnis. Sie können nicht verstehen, wie die Prinzipalität ihr formales Recht so barhäutig und in einer an Kleinlichkeit grenzenden Weise in Anspruch nimmt. Die Verammlung beauftragt den Gehilfenvertreter und den Vorstand, dieser Angelegenheit ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen.“

**Münsterberg.** Am 29. Januar nahm eine von über 600 Kollegen besuchte Versammlung, an der sich auch Kollegen von Ansbach, Schwabach, Forchheim, Rothensberg und Fürth beteiligten, Stellung zum Ergebnisse der Tarifauschussung im Januar. In dreierleitendigen Ausführungen entledigte sich Kollege Semmerich (München) seiner Aufgabe und gab uns ein Bild von den Verhandlungen. In kurzer, sachlicher Aussprache wurde das geringe Entgegenkommen der Unternehmer scharf verurteilt und das Bemühen untr Vertreter anerkannt; dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen möge, im März unter Einkommen mehr mit der immer mehr fortschreitenden Teuerung in Einklang zu bringen. Als Extrakt der Versammlung wurde folgende, vom Kollegen Brandmüller vorgelegte Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Münsterberg zahlreich versammelten Kollegen des ganzen Bezirks nehmen Kenntnis von dem Resultat der letzten Tarifauschussung. Sie erkennen die Tätigkeit der Gehilfenvertreter an, bedauern aber das wenige Verständnis der Prinzipale für die mitleidige wirtschaftliche Lage der Gehilfen. Nur um die Ruhe im Gewerbe nicht zu erschüttern, stimmt die Versammlung dem neuen Lohnabkommen zu, behält sich aber vor, zu gegebener Zeit ihre berechtigten Forderungen neu zu erheben. Die Prinzipale sollen keine derartige Forderungen einbringen, die nicht nur Sinn und Zeit für spätere Verhandlungen aufzubringen, sondern alle vier bis sechs Wochen sich auch einmal durch Versammlungsbesuch einige Stunden der Organisation zu widmen.“

**Saalfeld a. d. S.** In untr Versammlung am 4. Februar befaßte sich in der Hauptsache mit den neuen Lohnabmachungen im Buchdruckgewerbe. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter alles getan hätten, um den Standpunkt der Gehilfen bezüglich weiterer Lohnerhöhung Geltung zu verschaffen. Schwer verurteilt wurde dagegen die Haltung der Prinzipalvertreter, die mit dem laienhaftesten Argumenten jede Lohnerhöhung ablehnten, trotzdem die Not und Verelendung der Buchdruckergehilfen unbestritten ist. Erwartet wird von untr Vertretern, daß sie den ersten Kündigungstermin benutzen, um die Vereinbarungen zu kündigen und neue Verhandlungen in die Wege zu leiten.

**Stuttgart.** (Versammlung am 31. Januar.) Die von etwa 600 Kollegen besuchte Versammlung nahm den Bericht des Gehilfenvertreters Klein entgegen, der über die Verhältnisse, die zur Einberufung des Tarifauschusses drängten sowie über die Verhandlungen selbst und ihr Resultat berichtete. Die Debatte war durchweg auf einen kritischen Ton gestimmt. Zwei Redner beurteilten die Bewilligungen aus politischer Anschauung heraus und forderten in einer vorgelegten Entschließung die Ablehnung des Lohnabkommens und sofortige Einleitung neuer Verhandlungen durch den Verbandsvorstand, da der Lohn durch die augenblickliche Teuerung bereits wieder überholt sei, sowie Herstellung der Einheitsfront der graphischen Verbände und Kampfaufnahme des DGB, für seine zehn Forderungen. Weitere Redner schilderten die einsetzende neue Teuerung und prophezeiten ein weiteres starkes Ansteigen derselben. Der Haltung der Gehilfenvertreter wurde Anerkennung gezollt. Ein Redner betonte, wie notwendig die Vertiefung gewerkschaftlicher Erziehung gerade in der Jetztzeit ist. Nach einem Schlusswort des Kollegen Klein, der so manche schlechte Ansicht ins richtige Licht rückte, wurde eine Resolution der Opposition abgelehnt und nachfolgende Entschließung mit großer Mehrheit angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich nach Entgegennahme eines Berichts über die Verhandlungen im Tarifauschuss mit der Haltung der Gehilfenvertreter einverstanden. Sie bedauert jedoch, daß es nicht gelungen ist, eine weitere Unterscheidung in der Entlohnung zwischen ledigen und verheirateten Gehilfen zu verhindern. In Anbetracht der jetzt wieder verschärft einsetzenden Teuerung bringt die Versammlung weiter zum Ausdruck, daß den Gehilfen unmöglich zugemutet werden kann, den Mehraufwand der Lebenshaltungskosten ohne entsprechenden Ausgleich bis zum 31. März zu tragen. Sie beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, bei weiterem Anhalten der

Preiserhöhungen die Ausnahme neuer Verhandlungen schon vor dem beabsichtigten Termin zu verlangen.“

**Ulm-Meuum.** Die hiesige Mitgliedschaft nahm in der aufgeschobenen Februerversammlung nach einleitendem Referat des Vorsitzenden Kramer Stellung zu den letztmaligen Tarifverhandlungen, die einstimmig kam in der Diskussion zum Ausdruck, daß die diesmalige Teuerungszulagen, schon ebe diese ausbezahlt wurden, durch die neuen Teuerungswellen überholt und wir somit die Sorge nicht los sind, was erst nach dem Brotaufschlage, dem ersparungsgemäß alle anderen Gebrauchsartikel nachfolgen werden, wird, da leider sich die Abmachungen auf längere Zeit erstrecken. Man vertrat die Ansicht, daß untr Führer wohl ihr möglichstes getan haben, aber die bestimmte Erwartung wurde ausgesprochen, daß baldmöglichst Mittel und Wege gesucht werden müssen, um den jetzt schon eingetretenen und nicht vorauszuhebenden weiteren Teuerungen durch neue Verhandlungen Rechnung zu fragen. Scharf wurde auch das Verhalten der Prinzipale bei den Lohnaufschlagsfragen verurteilt und erwähnt, daß die Beamten für Jahre zurück die erhöhten Teuerungszulagen nachbezahlt erhielten. Vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus dürfen wir wenigstens hoffen, daß in der diesmaligen Sitzung die Einleitung nach der Reichsteuerungszulagen vorläufig erfolge. Erwartet wird, daß sich alle Orte, die sich in ähnlicher Lage befinden, zu einem Protest auflassen und mit Recht und Billigkeit das verlangen, was andre schon längst haben, auch die Industriearbeiter. Der teure Papierpreis wurde ebenfalls einer Kritik unterzogen und gewünscht, daß die interessierten Kreise an maßgebender Stelle dahin wirken möchten, daß die Minderpreise eine Einschränkung erfahren und die hohen Dividenden und sonstigen Verwässerungen unmöglich werden. Anschließend fand in Ergänzung des Dezembervortrags über Krankenkassenwesen ein kurzer, aber lehrreicher Vortrag über die neuen Ortskrankenkassenänderungen von Kollege Pfeffer statt. Verschiedene Anfragen wurden in der nachfolgenden Diskussion beantwortet. Einige Kollegen brachten zum Ausdruck, daß für untr soziale Gelebung und dabei für untr Vertreter noch ein dankbares Arbeitsfeld vorhanden sei, welches die Vereinfachung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung zum Ziele habe. Verurteilt wurde in erster Linie das Nachvorhandensein der Privatkrankenkassen, dann aber auch die Betriebskrankenkassen, die nur indirekt die Ortskrankenkassen befallen. Es wurde unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung die Erwartung ausgesprochen, daß sich untr Verbandsgeneralversammlung auch mit diesen Fragen befassen möchte und wieder einen Vorschub in der Vereinfachung des Arbeiterversicherungswezens unternehmen soll, daß mit der Zeit nur noch eine Kasse besteht und die Detaillierung wie Krankenkassen, Alters-, Arbeitslosen- und Angestelltenkassen verschwinden, damit die hohen Verwaltungskosten in Wegfall kommen und das Geld für eine Besserstellung der in Krankheit, Alter und Not Befindlichen Verwendung finden möchte; viellecht bräuchten wir es dann doch noch mit eigener Kraft so weit wie die Gemeinde- und Staatsangestellten.

**Bezirk Waldenburg. (Maschinenlehrer.)** Die am 22. Januar in Waldenburg abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Nach Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten befaßte sich die Versammlung u. a. mit den gestellten Forderungen der Maschinenlehrer zur Tarifauschussung im November. Die Zulage wurde allerseits als viel zu gering bezeichnet und dem Gehilfenvertreter für die Tarifauschussung im Januar eine entsprechende Resolution überhandt. Erhöhung des Maschinenlehreraufschlags von 15 Proz. des Gesamtlohns auf 25 Proz. bei der Tarifrevision im Herbst 1922 ist untr Erwartung. Unter Punkt „Technisches“ gelangte noch einiges zur Erörterung.

**Zeß.** In untr Versammlung am 3. Februar nahm Stellung zu den letzten Lohnabkommen. Sämtliche Kollegen bezeichneten das Ergebnis als durchaus ungenügend angesichts der neuerdings sprunghaft anschwellenden Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Besonders scharf verurteilt wurde das Gebahren des Kollegen Schliebs. Die Mitgliedschaft Zeß erwartet, daß die wiederum auf zwei Monate getroffenen Abmachungen bereits vorher revidiert werden, da Ende Februar die Kollegen die Not bitter fühlen werden durch die Preispreiserhöhung usw.

### Verschiedene Eingänge

„Der moderne Buchdrucker.“ Januar 1922. Herausgegeben von der Mergenthaler Gießmaschinenfabrik, G. m. b. H., Berlin N. 4. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Gießmaschinenfabrik (28. Oktober 1921) beschäftigt sich das vorliegende Heft, das wieder graphisch sehr gut und vornehm ausgestattet ist, in einem Überblick von Otto Schlotke mit dem Werdegange der Firma, die in hervorragender Weise durch die Fabrikation der Ansoinpe und deren starke Ausbreitung das Buchdruckgewerbe beeinflusst hat. Daß die Einführung der Ansoinpe ohne die beachtlichen sozialen Einrichtungen vor sich ging, das ist der gewöhnlichen Bewusstheit im Buchdruckgewerbe, müßten allen Fachkollegen zu denken. Der Maschinenfabrik kann man ausgeben, daß sie die Maschine, die ursprünglich nur für amerikanische Verhältnisse ausgeführt war, den deutschen Verhältnissen aufs beste angepaßt hat. Weil die Zeit zu großen Teilen nicht geeignet ist, hat die Firma in den Tagen des Jubiläums nach außen hin absichtlich nichts verlauten lassen. Das erfolgte nachträgliche Gedenken in der Firmenfachzeitschrift kann man daher nur anerkennen.

„Die Glode.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nr. 40 bis 47. 7. Jahrgang. Preis 2,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Die Neue Welt.“ Wochenheft der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 17, 18 und 19. 40. Jahrgang. Einzelheft 2,50 Mk., vierteljährlich 32,50 Mk. Verlag von T. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart.

„Mitteilungen der Vereinigung stenographischer Buchdrucker (Enstien Gabelberger).“ Mit stenographischer Beilage. „Die Arbeitsstelle.“ Nr. 7 bis 11/12. Schriftleitung: W. Reddermann, Gießmaschinenfabrik, Siedners Verlag, Wolfenbüttel.